Zusatzblatt "Familienangehörige" zum Antrag auf Arbeitslosengeld/Insolvenzgeld							
Kundennummer: Name:							
Die Agentur für Arbeit hat zu prüfen, ob Ihre Beschäftigung als mithelfender Familienangehöriger als Versicherungszeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld berücksichtigt werden kann. Versicherungspflichtig beschäftigt waren Sie, wenn Sie wie ein familien fremder Mitarbeiter gegen Arbeitsentgelt beschäftigt waren. Für diese Prüfung werden nähere Angaben zur Ihrer Beschäftigung benötigt. Bitte füllen Sie das Zusatzblatt sorgfältig aus und legen Sie es mit dem Antrag auf Arbeitslosengeld vor.							
1.	Versicherur	ngsrechtlicher Status					
		Der versicherungsrechtliche Status wurde durch die Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund bereits festgestellt.					
	<u>Wenn ja</u> :	Bitte legen Sie den Bescheid der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung vor. Weitere Angaben auf diesem Zusatzblatt sind nicht erforderlich.					
	Wenn nein:	Bitte füllen Sie die folgenden Fragen vollständig aus.					
2.	Allgemeine	Angaben zur Beschäftigung					
2.1	Das monatlich mäßig 400 EU	ne Arbeitsentgelt/Arbeitseinkommen aus der zu beurteilenden Tätigkeit überstieg regel- JR.	□Ja	☐ Nein			
2.2	Neben der zu beurteilenden Tätigkeit habe ich eine Beschäftigung ausgeübt, in der nach beamten- rechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge und auf Beihilfe oder Heilfürsorge besteht.			☐ Nein			
2.3		Beschäftigung habe ich eine der folgenden Leistungen bezogen. Sie die zutreffende Leistung an.	□Ja	☐ Nein			
	Wenn ja: ☐ Rente wegen Erwerbsminderung aus der gesetzlichen Rentenversicherung						
		Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen mit beamtenrechtlichem Beihilfeanspruch					
		Altersvollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung					
		Versorgung nach Erreichen einer Altersgrenze nach beamtenrechtlichen Vorschriften bzw. kirchenrechtlichen Regelungen					
		Versorgung nach Erreichen einer Altersgrenze aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung					
		Gemeinschaftsübliche Altersversorgung als satzungsmäßiges Mitglied einer geistlichen Genossenschaft, als Diakonisse oder als Angehöriger einer ähnlichen Gemeinschaft					
2.4	Für diese Tätigkeit wurde bereits durch eine Krankenkasse / einen Rentenversicherungs Feststellungsverfahren eingeleitet oder eine Feststellung getroffen, dass eine selbständ vorliegt bzw. ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis besteht.		□Ja	☐ Nein			
	<u>Wenn ja</u> :	Bitte fügen Sie den Bescheid der Krankenkasse / des Rentenversicherungsträgers bzw. der Künstlersozialkasse in Kopie bei.					
2.5	Vor der jetzigen Tätigkeit habe ich eine abhängige Beschäftigung bei diesem Auftraggeber/Arbeitergeber ausgeübt.		□Ja	☐ Nein			
	<u>Wenn ja</u> :	Bitte beschreiben Sie den Unterschied zur vorherigen Tätigkeit.					

3.	Angaben zur Tätigkeit als mitarbeitender Familienangehöriger					
3.1	Bitte ergänzen Sie folgend Angaben zur Ihrer Tätigkeit:					
	Beginn der T					
	Ort der Tätigl					
	regelmäßiges					
	Arbeitszeit:		Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit betrug: Arbeitstag: Stunden:			
			☐ feste Arbeitszeit ☐ nach Belieben ☐ unregelmäßig			
3.2	Der Auftragge wandt.	Der Auftraggeber/Arbeitgeber ist mein Ehegatte, Lebenspartner oder ist in gerader Linie mit mir ver-				
	In gerader Linie (Ur-)Enkel ode					
	<u>Wenn ja</u> :	Bitte legen Sie Nachweise vo				
	<u>Wenn nein</u> :	Ich stehe zum Auftraggeber/Awandtschaftsbeziehung.				
3.3	Die Tätigkeit habe ich aufgrund einer mündlichen oder schriftlichen arbeitsvertraglichen Vereinbarung ausgeübt.				☐ Nein	
	<u>Wenn ja</u> :	Bitte fügen Sie eine Kopie der	r Vereinbarung bei.			
3.4	Es lag ein Berufsausbildungsvertrag / eine sonstige Ausbildungsvereinbarung vor.			□Ja	☐ Nein	
3.5	Ich war in den Betrieb wie eine fremde Arbeitskraft eingegliedert und habe die Tätigkeit tatsächlich ausgeübt.				☐ Nein	
3.6	Ohne meine Mitarbeit hätte eine andere Arbeitskraft eingestellt werden müssen.				☐ Nein	
3.7	Ich war an die	Ich war an die Weisungen des Betriebsinhabers über die Ausführung der Arbeit gebunden.			☐ Nein	
3.8	Das Arbeitsentgelt wurde auf ein privates Bankkonto/Girokonto überwiesen, für das ich verfügungsberechtigt war.				☐ Nein	
	Wenn nein:	Bitte geben Sie die Art der Au	szahlung und den Grund für diese Auszahlungsart an.			
		Art der Auszahlung:				
		Grund:				
3.9	Vom Arbeitse	entgelt wurde Lohnsteuer entric	htet und das Arbeitsentgelt als Betriebsausgabe gebucht.	□Ja	☐ Nein	
3.10	Das Arbeitse <u>Wenn nein</u> :	ntgelt entsprach dem tariflichen Bitte geben Sie den Grund an	bzw. dem ortsüblichen Lohn/Gehalt.	□Ja	☐ Nein	
3.11	Das Arbeitse	□Ja	☐ Nein			
	<u>Wenn nein</u> :	Bitte geben Sie den Grund an	n.			
3.12	Bei dem Betrieb handelt es sich um eine Personengesellschaft (z. B. GbR, OHG, KG) oder Kapitalgesellschaft (z. B. AG, GmbH, KGaA).				☐ Nein	
	<u>Wenn ja:</u>	Bitte geben Sie die Rechtsfo	orm an.			

3.13	Dem Betrieb/Betriebsinhaber habe ich ein Darlehen gewährt oder für den Betrieb/Betriebsinhaber Bürgschaften/Sicherheiten übernommen.				□Ja	☐ Nein	
	Wenn ja;	Bitte ergänzen Sie:					
		Darlehen in Höhe von:		EUR			
		☐ Bürgschaften in Höhe von:		EUR			
		Sicherheiten in Höhe von:		EUR			
3.14	An den Vermögenswerten des Betriebs hatte ich während der Tätigkeit das Alleineigentum/Miteigentum.					☐ Nein	
	Vermögenswerte sind das Anlagevermögen (Betriebsgrundstücke, Betriebsgebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebsausstattung und Geschäftsausstattung, Beteiligungen und andere Finanzanlagen) und das Umlaufvermögen (Wirtschaftsgüter, die zur Veräußerung, Verarbeitung oder zum Verbrauch angeschafft oder hergestellt worden sind, insbesondere Rohstoffe, Hilfsstoffe und Betriebsstoffe, Erzeugnisse und Waren, Kassenbestände).						
	Wenn ja:	<u>/enn ja:</u> Bitte schildern Sie den konkreten Sachverhalt.					
3.15	Während der Tätigkeit war ich Verpächter/Vermieter/Überlassender der Betriebsstätte.				□Ja	☐ Nein	
	<u>Wenn ja:</u>	Bitte ergänzen Sie.					
		monatliche Miete		EUR			
		monatliche Pacht		EUR			
		monatliche Überlassungsvergütung		EUR			
3.16	Gemäß notarieller Vereinbarung liegt der eheliche / lebenspartnerschaftliche Güterstand der Gütergemeinschaft (§§ 1415 ff. BGB) vor und gehört der Betrieb zum Gesamtgut (§ 1416 BGB) der Güte gemeinschaft.				□Ja	☐ Nein	
	Bei vor dem 3	.10.1990 in den neuen Bundesländern gesch	lossenen Fhen:				
	Gilt aufgrund notariell beurkundeter Erklärung vor dem Kreisgericht der gesetzliche Güterstand der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft (§ 13 FGB-DDR) weiter und gehört der Betrieb zum gemeinschaftlichen Eigentum (§ 13 FGB-DDR) der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft?					☐ Nein	
Ich vers	ichere, die Rich	tigkeit meiner Angaben.	Nur zu unterschrei	ben bei Änderungen b	zw. Ergä	nzungen:	
			Ich bestätige die Richtigkeit der durch mich oder die Antragsanna der Agentur für Arbeit vorgenommenen Änderungen bzw. Ergänz bei den Fragen:			sannahme	
-	Ort, Datum Unterschrift der Antragstellerin/ des Antragstellers		Ort, Datum		Interschrift der Antragstellerin/ es Antragstellers		